

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2013

Inhalt

| | |
|---|----------|
| In eigener Sache: Neue Kontaktdaten der AGF | 2 |
| Neuigkeiten aus den EU-Institutionen | 2 |
| EU-Kommission veröffentlicht Jahreswachstumsbericht 2014..... | 2 |
| Einigung über EU-Haushalt 2014 | 2 |
| EU-Parlament stimmt für Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten | 2 |
| EU-Parlament fordert starke soziale Dimension..... | 3 |
| Kompromiss zum Vorschlag über Saisonarbeiter aus Drittstaaten..... | 3 |
| EU-Kongress der Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung | 3 |
| Einigung über neues EU-Gesundheitsprogramm | 3 |
| EU-Gipfel zur Jugendarbeitslosigkeit | 3 |
| Stärkung der EU-Programme Erasmus+ und Kreatives Europa..... | 4 |
| Erweiterung des EU-Globalisierungsfonds (EGF) ab 2014..... | 4 |
| EU-Kommission unterstützt EU-Staaten bei der Umsetzung der Freizügigkeit..... | 4 |
| EU-Parlament stimmt Reform der Kohäsionspolitik zu | 5 |
| EU-Kommission kämpft gegen Antibiotikaresistenz | 5 |
| EU-Kommission will mehr Verfahrensgarantien für EU-Bürger | 5 |
| EU-Ratssitzung für Bildungs-, Jugend-, Kultur- und Sportpolitik..... | 5 |
| Weitere Nachrichten | 5 |
| Plattform für Internationale Zusammenarbeit zu undokumentierten Migranten (PICUM) | 5 |
| Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen..... | 6 |
| EU-Staaten beschließen Leitlinien zum Austausch von Patientendaten | 6 |
| Weltkindertag | 6 |
| Neue Webseite bewertet Hochschulen | 6 |
| Schweiz: Volkabstimmung lehnt Steuerabzüge für Eigenbetreuung der Kinder ab | 6 |
| Initiative „Kinder des Friedens“ der EU-Kommission geht in zweite Runde..... | 7 |
| Berichte und Studien | 7 |
| Eurobarometerumfrage zur kulturellen Beteiligung der EU-Staaten | 7 |
| EU-Anzeiger der allgemeinen und beruflichen Bildung 2013 vorgelegt | 7 |
| Eurobarometerumfrage über Praktika in der EU | 7 |
| Beschäftigungsbericht zeigt Entwicklung der Sozialen Situation in Europa..... | 8 |
| Eurostat zeigt Entwicklung der Geburtenquote in den EU-Staaten..... | 8 |
| EU-Statistikamt Eurostat: Weniger Ausgaben für Sozialschutz | 8 |
| European Woman's Lobby (EWL) veröffentlicht Bericht „Woman's Watch 2012-2013“ | 8 |
| Eurobarometer-Umfrage über die Auswirkung der Entwicklungshilfe bei den EU-Bürger/innen | 9 |
| Bevorstehende Veranstaltungen | 9 |

In eigener Sache: Neue Kontaktdaten der AGF

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) umgezogen ist. Ab sofort finden Sie uns unter folgender Anschrift:

Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.
Einemstraße 14
10785 Berlin

Mit dem Umzug hat die AGF auch neue Telefonnummern erhalten:

Telefon: 030 - 290 2825 – 70, Fax: 030 - 290 2825 - 89

Die neue AGF-Geschäftsstelle erreichen Sie über die Haltestelle Nollendorfplatz mit den Linien U1, U2, U3 und U4 sowie mit der Buslinie M19 oder mit den Buslinien M29, 100 und 184 über die Haltestelle Schillstraße.

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission veröffentlicht Jahreswachstumsbericht 2014

Die EU-Kommission hat mit dem neuen Jahreswachstumsbericht (JWB) das Europäische Semester (ES) 2014 eingeläutet. Die EU setzt mit einem Paket wirtschafts- und haushaltspolitischer Empfehlungen die Prioritäten für 2014, darunter der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Wiederherstellung einer stabilen Kreditvergabe der Wirtschaft. Laut der EU-Kommission liegt die wichtigste Herausforderung für die europäische Wirtschaft derzeit darin, die konjunkturelle Erholung zu festigen.

Die Platform of European Social NGOs (Social Platform) betont, dass im JWB die erforderlichen Empfehlung und Leitlinien zur Lösung der sozialen Lage in Europa fehlen. Sie befürchtet, dass das jetzige Vorhaben nicht zum Ziel der Europa 2020 Strategie für Armut und Beschäftigung beiträgt.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zum Europäischen Semester 2014](#)

Einigung über EU-Haushalt 2014

Der Vermittlungsausschuss von Rat der EU und EU-Parlament haben in der Verhandlung über den EU-Haushalt 2014 Ergebnisse für die Zahlung- und Verpflichtungsermächtigung erzielt. Darunter sollen 64 Mrd. Euro den Initiativen für „intelligentes und integratives Wachstum“ zugeteilt werden, in dessen Bereich auch die Förderung von Forschung, Innovation und Bildung gehören. Der Haushalt 2014 wurde mit 494 Stimmen angenommen, bei 158 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen.

- [Pressemitteilung des EU-Parlaments zum EU-Haushalt 2014](#) 

EU-Parlament stimmt für Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten

Das EU-Parlament hat sich mit sehr großer Mehrheit (mit 459 Stimmen für, 148 dagegen und 81 Enthaltungen) für den Kommissionsvorschlag zur Erhöhung des Anteils der Frauen in den Leitungsgremien von europäischen Unternehmen (siehe [Europa News von Oktober 2013](#)) ausgesprochen.

EU-Parlament fordert starke soziale Dimension

Das EU-Parlament hat eine Resolution über die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion verabschiedet. Die Europäischen Staats- und Regierungschefs sollen im Dezember 2013 ein soziales Scoreboard verabschieden. Damit sollen den ökonomischen und fiskalen Indikatoren zur jährlichen Überprüfung der Mitgliedsstaaten im Rahmen des Stabilitätspaktes soziale Indikatoren hinzugefügt werden.

Kompromiss zum Vorschlag über Saisonarbeiter aus Drittstaaten

EU-Parlament und Rat der EU haben sich auf einen Kompromiss zum Richtlinienvorschlag über die Bedingung für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zwecks der Ausübung einer saisonalen Beschäftigung geeinigt. Saisonbeschäftigte aus Drittstaaten mit maximal neun-monatigen Aufenthalten sollen nach Inkrafttreten der Richtlinie von besseren Arbeits- und Lebensbedingungen profitieren. Dazu zählen z.B. ein Arbeitsvertrag mit klaren Regelungen zu Bezahlung und Arbeitszeit, eine Unterkunftsgarantie und ein Mindestlohn.

- [Pressemitteilung des EU-Parlaments zum Kompromiss über Saisonarbeiter aus Drittstaaten](#)  

EU-Kongress der Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Auf dem Kongress der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung hat am 25. und 26. November 2013 die Kommission das Augenmerk auf die Investitionen in eine wirksame Sozialpolitik und der Stand der bisher erreichten sozialpolitischen Reformen in den Mitgliedstaaten gelegt. Nun bestehe die Herausforderung, weitere weitreichende Partnerschaften und eine Dynamik zu entwickeln, um das Sozialinvestitionspaket umzusetzen. Weiterhin solle der Ehrgeiz gesteigert werden, das Ziel der Armutsbekämpfung durch Reformen in den Mitgliedstaaten zu erreichen und die sozialen Herausforderungen Europas anzugehen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zur Armutsbekämpfung](#)

Einigung über neues EU-Gesundheitsprogramm

Der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten und das EU-Parlament haben sich auf einen Kompromiss zum Entwurf des EU-Gesundheitsprogramms für 2014-2020 geeinigt. In ihm soll insbesondere ein Augenmerk auf die Innovation im Gesundheitswesen, die Steigerung der Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme sowie den Schutz vor grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren liegen.

- [Einigung über neues EU-Gesundheitsprogramm](#)  

EU-Gipfel zur Jugendarbeitslosigkeit

Die Staats- und Regierungschefs der EU verständigten sich beim EU-Gipfel am 12. November 2013 in Paris auf ein schnelles und direktes Handeln zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Mit Hilfe der EU-Jugendgarantie sollen alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nach Beginn ihrer Arbeitslosigkeit ein konkretes und qualitativ hochwertiges Angebot (z.B. Arbeitsstelle, Ausbildungsplatz, oder Praktikum) erhalten. Die EU-Staaten sollen nationale Aktionspläne zur Umsetzung der Jugendgarantie entwickeln. Die EU-Kommission will beim Erstellen dieser Pläne helfen und arbeitet auf eine möglichst rasche Verwirklichung der Jugendgarantie hin. Mit 45 Milliarden Euro soll

die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft und junge Unternehmen gefördert werden. Die EU-Jugendgarantie soll in den nächsten zwei Jahren von allen EU-Staaten umgesetzt werden.

Der Ausschuss der Regionen (AdR) betont in diesem Zusammenhang, dass für die Umsetzung der jugendpolitischen Maßnahmen eine stärkere politische Zusammenarbeit zwischen allen Regierungsebenen notwendig sei.

- [Memo der EU-Kommission zur Jugendgarantie](#) 
- [Mitschrift der Bundesregierung von der Pressekonferenz des EU-Gipfels zur Jugendarbeitslosigkeit](#)

Stärkung der EU-Programme Erasmus+ und Kreatives Europa

Das EU-Parlament und der Rat der EU haben sich auf die letzten Details der neuen EU-Programme Erasmus+ und Kreatives Europa verständigt. Erasmus+ (2014-2020) fasst die Vorgängerprogramme „lebenslanges Lernen“ und „Jugend in Aktion“ zusammen und unterstützt darüber hinaus Maßnahmen im Sportbereich. Das Programm Kreatives Europa (2014-2020) wird Maßnahmen und Projekte im kulturellen und audiovisuellen Bereich unterstützen. Eine Erhöhung der Fördermittel im Vergleich zur jetzigen Periode um fast 40% soll die hohe Bedeutung unterstreichen, die der Bildungs- und Jugendarbeit in Europa beigemessen wird. Beide EU-Programme sollen zum 01. Januar 2014 in Kraft treten.

- [Dokumente des EU-Parlaments zu den verschiedenen EU-Programmen](#)

Erweiterung des EU-Globalisierungsfonds (EGF) ab 2014

Das EU-Parlament und der Rat der EU haben zugestimmt, dass der EU-Globalisierungsfonds auch im Zeitraum 2014 – 2020 weitergeführt werden soll. Der vorgelegte Bericht der EU-Kommission zeigt, dass 15.700 entlassene Arbeitnehmer/innen 2012 von den EGF unterstützten Maßnahmen profitierten. Mit dem EGF sollen auch weiterhin Arbeitskräfte unterstützt werden, die infolge der Wirtschaftskrise entlassen wurden. Außerdem sollen erstmals auch Arbeitskräfte mit befristetem Arbeitsvertrag, Selbständige und arbeitslose junge Menschen, vor allem in Regionen mit hoher Jugendarbeitslosigkeit, bei der Arbeitssuche unterstützt werden.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zum EU-Globalisierungsfonds](#)

EU-Kommission unterstützt EU-Staaten bei der Umsetzung der Freizügigkeit

Die EU-Kommission will die Mitgliedstaaten bei der praktischen Umsetzung des Bürgerrechts auf Freizügigkeit unterstützen. In einem vorgelegten Grundsatzpapier hat die EU-Kommission die gemeinsame Verantwortung der Mitgliedstaaten und der EU-Organe betont, das Recht der Unionsbürger/innen auf Freizügigkeit und den Zugang zu Sozialleistungen zu wahren. Es werden auch die Bedenken einiger Mitgliedstaaten in Bezug auf die Herausforderungen, die Migrationsströme für lokale Behörden haben können, angesprochen. Das Grundsatzpapier enthält fünf konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Rechts auf Freizügigkeit sowie zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Ausschöpfung der Vorteile, die daraus resultieren.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission: Freizügigkeit: Fünf Aktionen für Bürger, Wachstum und Beschäftigung in der EU](#)

EU-Parlament stimmt Reform der Kohäsionspolitik zu

Das EU-Parlament stimmte den Reformen der Kohäsionspolitik zu. Die im EU-Haushalt für die kommenden sieben Jahre vorgesehenen 325 Milliarden Euro könnten mit der Reform noch zielgerichteter in den EU-Staaten und Regionen investiert werden, um Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln und zum Kampf gegen Klimawandel, Energieabhängigkeit und soziale Ausgrenzung beizutragen. Das EU-Parlament hat außerdem seine Zustimmung für die von der EU-Kommission vorgeschlagenen gemeinsamen Regeln für die insgesamt fünf Struktur- und Investitionsfonds gegeben.

- [Memo der EU-Kommission zur Neuausrichtung der Kohäsionspolitik](#)

EU-Kommission kämpft gegen Antibiotikaresistenz

Mit 15 neuen Forschungsprojekten und einheitlicher Datenerhebung will die EU-Kommission ihren Kampf gegen die Antibiotikaresistenz bei Menschen und Tieren verschärfen. Die Forschungsprojekte sollen neue Medikamente entwickeln, die gegen Bakterien wirksam sind. Der Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin sei in Europa zwar seit 2009 rückläufig, die Zahl der resistenten Bakterien, hätte jedoch deutlich zugenommen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission: Kampf gegen antibiotikaresistente Bakterien](#)

EU-Kommission will mehr Verfahrensgarantien für EU-Bürger

Die EU-Kommission hat ein Maßnahmenpaket vorgelegt, das das Recht der EU-Bürger/innen bei Strafverfahren in der ganzen EU stärken soll. Die Vorschläge sollen die Achtung der Unschuldsvermutung und das Recht auf Anwesenheit in der Verhandlung sowie besondere Verfahrensgarantien für Kinder gewährleisten. Darüber hinaus soll der frühzeitige Zugang zu Rechtsbeistand gesichert werden.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission zur Forderung nach mehr Verfahrensgarantien für EU-Bürger](#)

EU-Ratssitzung für Bildungs-, Jugend-, Kultur- und Sportpolitik

Am 25. November 2013 diskutierten die europäischen Bildungsminister/innen bei der Ratssitzung in Brüssel erstmals über die Bedeutung neuer und für die breite Öffentlichkeit zugänglichen Lernressourcen in der Zukunft und deren Einsetzungsmöglichkeiten. Ergebnisse der Diskussion waren die Forderung nach besserer Bildung in einem digitalen globalen Umfeld und die soziale Integration der Jugendlichen, die keine Arbeit und keine Ausbildung besitzen.

- [Pressemitteilung des Rates der EU zu den Ergebnissen der Ratssitzung](#)  

Weitere Nachrichten

Plattform für Internationale Zusammenarbeit zu undokumentierten Migranten (PICUM)

PICUM, eine internationale Nichtregierungsorganisation für Personen ohne gültige Aufenthaltspapiere, hat eine weltweite Kampagne angestoßen, deren Ziel darin besteht, die Inhaftierung von Kindern zu beenden. Die Kampagne will Mitglieder der Zivilgesellschaft zusammenführen und gemeinsame Lösungen finden, um der Migrationshaft von Kindern ein Ende zu setzen.

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen

Der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen findet jährlich am 25. November statt. Er ist Anlass für viele Verbände und Organisationen, Veranstaltungen und Aktionen zu organisieren, um die Diskriminierung und Gewalt jeder Form gegenüber Frauen und Mädchen zu bekämpfen.

Anlässlich des Tages veröffentlichte die EU-Kommission ein Strategiepapier zur Bekämpfung der weiblichen Genitalverstümmelung. Sie möchte bilaterale und multilaterale Gespräche mit allen betroffenen Gemeinschaften fördern, die Opferhilfe verbessern und Angehörige der Gesundheitsberufe unterstützen.

In Deutschland setzt sich die Kampagne „Schwere Wege leichter machen“ für alle von Gewalt betroffenen Frauen ein, um schnell Zuflucht und Unterstützung zu bekommen.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission: Strategiepapier gegen weibliche Genitalverstümmelung](#) 

EU-Staaten beschließen Leitlinien zum Austausch von Patientendaten

Der grenzüberschreitende Austausch einzelner Patientendaten bei Zustimmung der Patienten soll insbesondere bei Notfallbehandlungen im Ausland der Sicherheit von Patienten dienen. Eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung ist Ziel der im Oktober in Kraft getretenen Richtlinie (siehe [Europa News von Oktober 2013](#)), die Grundlage der Leitlinien ist.

Weltkindertag

Im September 1954 schlugen die Vereinten Nationen vor, einen Weltkindertag mit dem Ziel einzuführen, weltweit auf die Rechte der Kinder aufmerksam zu machen und sich für diese einzusetzen. Jeder Staat entscheidet eigenständig über das genaue Datum. Der 20. November markiert sowohl die Verabschiedung der Erklärung der Rechte des Kindes vom 20. Nov. 1959 als auch die Verabschiedung der Kinderrechtskonvention vom 20. Nov. 1989. Die Staaten können selbst festlegen wann sie ihren Weltkindertag feiern.

Den diesjährigen “Universal Children’s Day” nahmen am 20. November 14 europäische und internationale Organisationen für Kinderrechte zum Anlass, ein “Kinderrechtsmanifest” zu veröffentlichen. Die Veröffentlichung fand statt im Rahmen einer Veranstaltung beim Europäischen Parlament, geleitet von der Vize-Präsidentin, Roberta Angelilli.

- [Download des Manifestes für Kinderrechte auf der Website des „Child Rights Manifesto“](#) 

Neue Webseite bewertet Hochschulen

Mit der neuen Webseite HEInnovate können die Hochschulen ihre Leistungen in sieben Bereichen bewerten lassen, u.a.: Führungsstärke und Governance, Organisationskapazität, Lehre und Lernen, unternehmerische Laufbahnen, Austausch zwischen Hochschule und Wirtschaft. Die Hochschulen können sich auf einer Skala von 0 bis 10 selbst einschätzen. Auf Grundlage der Angaben generiert die Website dann einen Bewertungsbericht, der die Stärken und Schwächen der Hochschule aufzeigt.

- [Präsenz der Webseite für Hochschulen HEInnovate](#)

Schweiz: Volkabstimmung lehnt Steuerabzüge für Eigenbetreuung der Kinder ab

Zur Abstimmung stand eine Gesetzesänderung, die Steuerabzüge für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen, einführen sollte. Konkret sollte in der Verfassung verankert werden, dass der Steuerabzug für Eltern, die ihre

Kinder betreuen, beim Bund und in den Kantonen mindestens gleich hoch sein muss wie für Eltern, die ihre Kinder extern betreuen lassen. Die Initiative der SVP wurde in einer Volksabstimmung abgelehnt. Insgesamt verneinten 1.604.500 Personen die Initiative, 1.139.700 Personen sprachen sich dafür aus. Das entspricht einem Stimmenverhältnis von 58,5 zu 41,5 Prozent. Deutliche Ablehnung gab es vor allem in den Großstädten.

Initiative „Kinder des Friedens“ der EU-Kommission geht in zweite Runde

Mit der Initiative „Kinder des Friedens“ werden Projekte von neuen Hilfsorganisationen unterstützt, die Kindern in Krisenregionen, wie z.B. dem Südsudan, dem Tschad, Irak und Afghanistan, den Schulbesuch, eine psychologische Betreuung und eine kindgerechte Umgebung ermöglichen. So sollen die Kinder vor der Rekrutierung als Kindersoldaten geschützt werden. Die Initiative "Kinder des Friedens" wurde 2013 von der EU-Kommission anlässlich ihrer Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis ins Leben gerufen. Die Mittel des Programms werden nun von 2 Mio. Euro auf 4 Mio. Euro aufgestockt, sodass über 80 000 Kinder davon profitieren können sollen.

Berichte und Studien

Eurobarometerumfrage zur kulturellen Beteiligung der EU-Staaten

Die Umfrage zeigt starke Unterschiede zwischen den EU-Staaten in Bezug auf den Zugang und die Nachfrage nach Kulturgütern in der EU. Insgesamt sei europaweit eine leicht fallende Tendenz erkennbar. In West und Nordeuropa sei ein positives Gesamtbild zu erkennen. Die Nutzung von Kulturgütern scheint mit dem Bildungsstand, Wirtschaftsentwicklung und der sozialen Situation zu korrelieren. Deutschland liegt etwas über den EU-Durchschnitt, in deutlichem Kontrast dazu stehen die Entwicklungen in Ost- und Südeuropa. Dies veranlasste die für Kultur zuständige EU-Kommissarin Androulla Vassiliou zur Aufforderung an die Mitgliedstaaten, ihre Unterstützung der Kulturpolitik zu überdenken.

- [Ergebnis der Europameter Umfrage für Deutschland](#)  

EU-Anzeiger der allgemeinen und beruflichen Bildung 2013 vorgelegt

Die EU-Kommission hat den aktuellen Anzeiger der allgemeinen und beruflichen Bildung 2013 vorgelegt. In diesem Dokument wird untersucht, wie sich die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa entwickeln. Die diesjährigen Ergebnisse machten deutlich, dass das lebenslange Lernen stärker ausgebaut werden sollte. Die Beteiligung der Erwachsenen am lebenslangen Lernen liege bei weniger als zehn Prozent, am stärksten ausgeprägt sei sie bei Jugendlichen mit hohem Bildungsabschluss.

- [EU-Anzeiger der allgemeinen und beruflichen Bildung 2013](#) 

Eurobarometerumfrage über Praktika in der EU

Ergebnis der aktuellen Umfrage ist, dass die Qualität der Praktika nicht ausreichend sei. Fast 60 Prozent der Praktikant/innen erhalten keine Bezahlung und werden nicht für ihren eigentlichen Zweck eingesetzt. Dennoch seien Praktika wichtig, um den Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Im Hinblick auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa sei es wichtig, dass Praktikant/innen eine gute Vorbereitung für einen zukünftigen Beruf erhalten und dass sie nicht ausgebeutet würden.

Die Kommission wird am 04. Dezember 2013 eine Empfehlung für einen Qualitätsrahmen für Praktikanten vorlegen, der Leitlinien für qualitativ hochwertige Arbeitserfahrungen unter sicheren Bedingungen im Sinne der Praktikant/innen enthalten soll.

- [Eurobarometerumfrage über Praktika in der EU](#)  
- [Pressemitteilung der EU-Kommission zum Qualitätsrahmen für Praktika](#) 

Beschäftigungsbericht zeigt Entwicklung der Sozialen Situation in Europa

Die Kernaussage des Beschäftigungsberichts der EU-Kommission besagt, dass die Entwicklung auf dem europäischen Arbeitsmarkt und die soziale Lage weiterhin bedenklich seien und die Unterschiede zwischen verschiedenen europäischen Regionen weiter zunehmen würden. Der Bericht enthält erstmals ein „Scoreboard“ mit beschäftigungs- und sozialpolitischen Schlüsselindikatoren. Mit ihnen kann die EU-Kommission weitere Faktoren analysieren, um mögliche Verbesserungen für das Europäische Semester 2014 zu erlangen.

Der Beschäftigungsbericht ist Teil des Jahreswachstumsberichts zum Auftakt des Europäischen Semesters 2014. Als wichtiger Input für die verstärkte wirtschaftliche Ausrichtung untermauert er die im Jahreswachstumsberichts enthaltenen zentralen Aussagen zur Beschäftigung.

- [Beschäftigungsbericht der EU-Kommission](#) 

Eurostat zeigt Entwicklung der Geburtenquote in den EU-Staaten

Nach den aktuellsten Zahlen von Eurostat liegt die Geburtenquote im EU-Durchschnitt bei 10,4 Geburten pro 1.000 Einwohner/in. Insgesamt wurden 2012 in den 28 EU-Ländern 5,2 Millionen Kinder geboren. Diesen standen fünf Millionen Sterbefälle gegenüber. Die Bevölkerung der 28 EU-Länder stieg zum 1. Januar 2013 auf 505,7 Millionen. Deutschland hat im EU-Vergleich die niedrigste Geburtenquote mit 8,4 Geburten pro 1000 Einwohner im Jahr 2012.

EU-Statistikamt Eurostat: Weniger Ausgaben für Sozialschutz

Die von Eurostat veröffentlichten Zahlen verdeutlichen, dass die EU-Mitgliedstaaten weniger Geld als in den letzten Jahren für Sozialschutz ausgeben. Nach dem Anstieg der Sozialausgaben 2008 und 2009 infolge der Wirtschaftskrise sanken die Ausgaben für Sozialschutz EU-weit 2010 und 2011 auf 29,4 und 29,1 Prozent des BIP. Es bestehen erhebliche Unterschiede bei den Ausgaben für Sozialschutz zwischen den Mitgliedstaaten. Grund dafür sei der unterschiedliche Lebensstandard in den Staaten. Die Unterschiede seien aber auch ein Zeichen für die Vielfalt der nationalen Sozialschutzsysteme sowie der speziellen demografischen, wirtschaftlichen, sozialen und institutionellen Strukturen jedes Staates.

European Women's Lobby (EWL) veröffentlicht Bericht „Woman's Watch 2012-2013“

Der von der EWL veröffentlichte Bericht „Woman's Watch 2012-2013“ zeigt einen Überblick aus feministischer Sicht über die Frauenrechte und Geschlechtergleichheit in 30 europäischen Ländern. Der Bericht beschreibt die Situation von Frauen und Geschlechtergerechtigkeit in drei Hauptfeldern: Frauen in Führungspositionen, ökonomische Unabhängigkeit von Frauen und Verantwortung für Sorgearbeit sowie Gewalt gegen Frauen und sexuelle und reproduktive Rechte von Frauen.

- [Bericht „Woman's Watch 2012-2013](#) 

Eurobarometer-Umfrage über die Auswirkung der Entwicklungshilfe bei den EU-Bürger/innen

Die aktuelle Umfrage zeigt, dass die Entwicklungshilfe bei der europäischen Bevölkerung positive Eindrücke hinterlässt. Zwei Drittel der Befragten sehen in der Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern eine Priorität der EU. Viele Bürger seien auch persönlich bereit, zugunsten der Ärmsten tiefer in die Tasche zu greifen.

- [Eurobarometer Umfrage: EU Development Aid and the Millennium Development Goals](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

- Kontaktstelle Deutschland: Europa für Bürgerinnen und Bürger: [Europa gemeinsam gestalten. Das neue EU-Programm "Europa für Bürgerinnen und Bürger" 2014-2021](#) (03. - 04. Dez. 2013, Bonn)
- OECD: [„Can we really end poverty?“](#) (05. Dezember 2013, London)
- COFACE: [Cooperation between parents and schools: preventing early school leaving](#) (09. Dezember 2013, Brüssel)
- OECD: [„Integrity and the crisis: How to earn back the trust of young people?“](#) (09. Dez. 2013, Paris)
- Transparency International, OECD: [Integrity and the crisis: How to earn back the trust of young people?](#) (09. Dezember 2013, Paris)
- European Commission - DG Justice : [8th European forum on the rights of the child](#) (17. bis 18. Dezember, Brüssel)
- EU-Kommission, EWSA: [„Social Entrepreneurship and Social Economy“](#) (16. Jan. 2014, Straßburg)
- Public Policy Exchange: [Transforming Long-term Care in Europe: Improving Quality and Ensuring Access](#) (28. Januar 2014, Brüssel)
- OECD: Women's Leadership in Public Life: [Fostering Diversity for Inclusive Growth](#) (02. bis 04. April 2014, Paris)
- ICCFR: [„The family in focus: 20th anniversary of the international year of the family“](#) (12. bis 15. Mai 2014, Brüssel)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).